



"Mittelstandsinitiative Energiewende neu ins Leben gerufen

"Mittelstandsinitiative Energiewende" neu ins Leben gerufen
Gemeinsame Initiative von Bundeswirtschaftsministerium, Bundesumweltministerium, DIHK und ZDH startet zum 1. Januar 2013
Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler, Bundesumweltminister Peter Altmaier, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann und der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) Otto Kentzler haben heute den Start der gemeinsamen "Mittelstandsinitiative Energiewende" bekannt gegeben. Durch einen stärkeren Dialog vor Ort, einer Optimierung von Information und Beratung sowie der Verbesserung von Weiterbildung, Qualifizierung und Erfahrungsaustausch sollen mittelständische Unternehmen konkrete Unterstützung erhalten. So soll branchen- und zielgruppenspezifisch eine Ansprache der Unternehmen vor Ort erfolgen, ihnen durch Experten Hilfestellung gegeben und die Anwendung von Musterlösungen, beispielsweise zur Energieeinsparung, in der Breite vorangetrieben werden.
Bundeswirtschaftsminister Dr. Rösler: "Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie erwirtschaften mehr als jeden zweiten Euro des Bruttosozialprodukts und stellen über die Hälfte aller Arbeitsplätze. Diesen Wirtschaftsmotor müssen wir pflegen. Nur so wird die Energiewende gelingen. Mit der gemeinsamen Initiative machen wir die Energieeffizienz zur Chefsache in den Unternehmen. Die Beteiligung von DIHK und ZDH ermöglicht uns, die breite Palette der Unterstützungsangebote des BMWi in Zukunft noch gezielter an die Unternehmen und das Handwerk heranzutragen."
Bundesumweltminister Altmaier: "Mittelstand und Handwerk sind wichtige Partner für die Energiewende. Wir wollen sie unterstützen, die mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen zu meistern und die sich aus ihr ergebenden Chancen zu nutzen. Gerade Effizienztechnologien bieten die Chance, Energiekosten zu senken und neue Geschäftsfelder zu erschließen. Hier setzt die Initiative an."
DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann betonte: "Die Energiewende als größtes aktuelles Investitionsprojekt eröffnet auch mittelständischen Unternehmen interessante Chancen. Die Nebenwirkungen der Energiewende müssen wir aber auch im Auge behalten: Steigende Energiepreise, Angst vor Stromausfällen, Streit um Leitungsbau - das verunsichert die Unternehmen sehr. Umso wichtiger ist es, die Unternehmen stärker einzubeziehen und den Dialog zwischen Betroffenen und Akteuren zu verbessern. Dieser Austausch gerade in den Regionen ist ein zentraler Baustein unserer Mittelstandsinitiative. Die Industrie- und Handelskammern bieten dabei vor Ort maßgeschneiderte Informationen und sind Plattform für den Dialog."
ZDH-Präsident Otto Kentzler begrüßt die gemeinsame Initiative zur Energiewende: "Unsere Handwerksmeister und -gesellen sind die überzeugendsten Botschafter, wenn es darum geht den Umbau der Energieversorgung und der Energienutzung zu einer Gemeinschaftsaufgabe in unserem Land zu machen. Es ist richtig, dass sich die Mittelstandsinitiative Energiewende dazu bekennt, dieses Potenzial umfassend nutzen und weiter auszubauen zu wollen."
Die Vereinbarung kann im Internet abgerufen werden unter www.bmwi.de, www.bmu.de, www.dihk.de und www.zdh.de.
Kontakt:
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Alexanderplatz 6
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 0 1888 305-0
Telefax: 0 1888305-2016
Mail: presse@bmu.bund.de
URL: <http://www.bmu.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10178 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10178 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.